

Bericht aus dem Gemeinderat – Sitzung vom 19. Februar 2018

Bürgermeister Berger eröffnet pünktlich den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung des Gemeinderats und begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörerschaft. Er stellt weiter formal die bestehende Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße, form- und fristgerecht erfolgte Einladung zur öffentlichen Sitzung fest.

Vor Eintritt in die Beratungen informiert der Bürgermeister alle Anwesenden darüber, dass er zu TOP 7 der heutigen Sitzung den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung stellen wird. Begründung ist, dass die offizielle Beratung dieser Thematik in den Gemeinderäten von Rickenbach und Herrischried erst nach vorheriger Behandlung und Diskussion in der ökologischen Begleitgruppe erfolgen soll. In der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 19. März 2018 wird dieser Punkt dann wieder auf der Tagesordnung stehen.

Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden vor Eintritt in die Beratungen aus der Mitte des Gemeinderats nicht gestellt.

TOP 1) Bekanntgaben

1. Der Bürgermeister gibt die seit der letzten Sitzung des Gemeinderats bei der Verwaltung eingegangenen baurechtlichen Entscheidungen bekannt.
2. Bürgermeister Berger gibt weiter die Beschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 11. Dezember 2017 in Sachen Ersatzwasserversorgungsvertrag mit der Firma Schluchseewerk AG sowie nähere Details zur Festlegung der zusätzlichen Entschädigung von Feuerwehrangehörigen im Dienst bekannt.
3. Bereits vor einiger Zeit wurde bekanntlich der sogenannte Rufbus, der als zusätzliches Angebot des ÖPNV auf der Strecke Bad Säckingen, Rickenbach, Herrischried zu bestimmten, festgelegten Zeiten verkehrt, eingerichtet. Anhand einer Übersicht, die im Wesentlichen die Zahlen des letzten Sommerhalbjahres enthält, werden alle Anwesenden über die näheren Fakten hierzu informiert. Der Kostenanteil der Gemeinde Herrischried für 2017 beträgt danach rd. € 6.667,--, von diesem Betrag fördert der Kreis seinerseits einen Anteil von 1/3, d.h. unter dem Strich hat die Gemeinde Herrischried für dieses zusätzliche Angebot im abgelaufenen Jahr ca. € 4.500,-- aufgewendet.
4. Bürgermeister Berger erinnert an den bevorstehenden nächsten Besuch einer Gruppe aus der Partnergemeinde Le Castellet vom 24. Februar bis 02. März 2018 in der Gemeinde Herrischried. Nach seinen Worten ist ein gemeinsames Abendessen am 01. März geplant, die genaue Örtlichkeit steht allerdings noch nicht fest. Alle Gemeinderäte, die an diesem Abend Zeit haben, sind hierzu herzlich eingeladen.

5. Weiter unterrichtet der Bürgermeister über die in diesem Jahr wieder anstehenden Wahlen der Schöffen und Jugendschöffen beim Amts- und Landgericht für die Jahre 2019 bis 2023. Er skizziert kurz das Prozedere, verbunden mit der Aufforderung, baldmöglichst Vorschläge geeigneter Personen bzw. Bewerbungen abzugeben und sich bei Interesse an die Verwaltung zu wenden.
6. Anlässlich der 750-Jahr Feier steht die Nachbargemeinde Todtmoos am kommenden Wochenende komplett im Zeichen des Wintersports. Unter dem Motto „Faszination Wintersport im Ort“ finden am 24. und 25. Februar 2018 bei der neuen Wehratalhalle/Kurpark diverse Veranstaltungen statt, u.a. auch ein Teamwettbewerb im Biathlon für Kommunen, also unter Beteiligung von Bürgermeistern und Gemeinderäten. Bürgermeister Berger gibt weiter die entsprechende Einladung der Gemeinde Todtmoos bekannt, bei Interesse einzelner Mitglieder des Gremiums, auch Herrischried bei diesem Event zu vertreten, wird um umgehende Rückmeldung gebeten. Aus dem Gemeinderat wird hierzu auch der Vorschlag gemacht, evtl. die in der Gemeinde weilenden französischen Gäste zu beteiligen, eine nach den Worten des Bürgermeisters gute Idee, die angesichts des engen Zeitfensters allerdings Probleme bereiten könnte. Er werde bei den französischen Gästen aber trotzdem entsprechend nachfragen.

TOP 2) Fragen und Anregungen aus dem Gemeinderat, Bürgerfrageviertelstunde

a) Fragen und Anregungen aus dem Gemeinderat:

1. Aus der Mitte des Gemeinderats (Gemeinderat Bernhard Kühnel) wird auf den allgemeinen Zustand der mittlerweile sogar teilweise zerstörten Werbetafel an der Landstraße in Kleinherrischwand und auf den Bereich rund um die Tafel herum hingewiesen. Nach seiner Auffassung stellt deren derzeitiger Zustand einen „Schandfleck“ in der Gemeinde dar, weshalb die Tafel gänzlich entfernt werden sollte, falls sich zukünftig niemand besser darum kümmert.
2. Auch die Situation rund um die Glascontainer beim Sportplatz ist nach den Worten von Gemeinderat Kühnel so nicht länger tragbar. Er spricht in diesem Zusammenhang weiter seine Hoffnung aus, dass eine Befestigung der Bodenfläche rund um die Container der immer wieder auftretenden Vermüllung vielleicht etwas entgegen wirken könnte. Bei entsprechendem Wetter würde man dort regelrecht im Dreck waten, was nach seinen Worten wilden Müllablagerungen auch Vorschub leisten würde.

Die Verwaltung würde nach Stellungnahme des Bürgermeisters natürlich gerne gegen diese Personen vorgehen und beispielsweise Kameras zur Überwachung installieren, was aber rechtlich nicht zulässig sei. Auch die in diesem Zusammenhang angesprochene Verlegung der Container an einen anderen Standort

mit besserer Übersicht bringe nach seinen Worten nicht den gewünschten Effekt, da man das Problem damit aller Wahrscheinlichkeit nur verlagern und evtl. neue Schwierigkeiten wie z.B. Lärmbelästigung verursachen würde.

3. Das bevorstehende Frühjahr mit der dann erneut wieder zu erwartenden erheblichen Lärmbelästigung und der steigenden Verkehrsgefährdung durch weit überhöhte Geschwindigkeiten insbesondere durch Motorräder auf der L 151 zwischen der Abzweigung nach Großherrischwand bis nach Lochhäuser nimmt Gemeinderat Kühnel zum Anlass, einen neuen Vorstoß in Sachen Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich zu fordern. Die Verkehrsbelastung für die Anwohner im Sommer sei mittlerweile insbesondere an bestimmten Wochenenden fast unerträglich hoch. Er kritisiert auch die nach seinen Worten vollständig fehlenden Geschwindigkeitskontrollen und damit die Untätigkeit der Behörden.

Bürgermeister Berger weist einerseits darauf hin, dass auch er das Problem sehe und nachvollziehen kann, dass es aber andererseits durchaus schon einzelne Kontrollen der dort gefahrenen Geschwindigkeiten gegeben habe, ebenso führt die Gemeinde eine permanente Überwachung mittels Geschwindigkeitstafel durch. Die dabei festgestellten Überschreitungen bewegen sich zum Großteil regelmäßig im Bereich bis ca. 10%. Nach Auffassung von Polizei und beteiligten Behörden anlässlich der letzten Verkehrsschau sehe man hier angesichts der Übersichtlichkeit und des Ausbaustandards der Strecke außerdem keinen Handlungsbedarf, um eine weitere Reduzierung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit anzuordnen.

Nach Auffassung von Gemeinderätin Hannelore Thiel wäre es deshalb vielleicht besser, die grundsätzliche Argumentation zu ändern, den verstärkten Schutz der Anwohner vor Verkehrslärm zu fordern und dies durch ein entsprechendes Gutachten zu untermauern. Die Gemeinde hat im November letzten Jahres außerdem drei weitere Meßgeräte bestellt, die momentan aber noch nicht geliefert wurden, wie Bürgermeister Berger weiter ausführt, er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, das Problem durch Installation weiterer Tafeln auf dieser Strecke zumindest teilweise zu entschärfen.

4. Gemeinderat Klaus Stöcklin erinnert alle Interessierten im Anschluss noch daran, dass am kommenden Sonntag um 18.30 Uhr in der Sendung TerraXpress des ZDF auch ein Bericht zum Projekt Atdorf zu sehen sein wird.

b) Anfragen aus der Bürgerschaft:

Eine Anwohnerin aus Niedergerbisbach thematisiert die Problematik des nach ihren Worten ungeklärten Winterdienstes in ihrem Ortsteil. Insbesondere der nicht geräumte Gehweg entlang der Kreisstraße, der jeden Tag von Dutzenden von Kindergartenkindern benutzt werden sollte sowie die Tatsache, dass sich auch ein Senioren- und Pflegeheim im Ort befinde, die auf geräumte Gehwege angewiesen seien, wird von ihr kritisiert. Sie moniert, dass auch die Bereiche des Gehwegs vor den Grundstücken der Gemeinde in der Ortsdurchfahrt nicht geräumt werden, mit der Folge, dass damit auch die privaten

Anlieger ihrer Räumspflicht nicht nachkommen würden. Die Kinder würden dann die Straße benutzen, wodurch es immer wieder zu gefährlichen Situationen komme. Das Problem sei nicht neu, werde nach ihren Worten aber seit Jahren nur von Einem zum Anderen geschoben, ohne eine wirkliche Lösung zu finden.

Gemeinderat Manfred Krüger weist darauf hin, dass ein privater Anwohner rd. 300 m Gehweg entlang seines Grundstücks zu räumen hätte, man ihm dies aber nicht zumuten könne und diese Verpflichtung daher unverhältnismäßig sei. Ulrich Gottschalk regt an, möglichst eine praktikable Lösung zu suchen, mit der alle Beteiligten leben können, notfalls müsse man einen Privaten engagieren, der sich regelmäßig und bei Bedarf um die Räumung des Gehwegs kümmert und verantwortlich ist. Man sollte es in jedem Fall nicht erst auf einen Unfall ankommen lassen, bei dem sich dann zwangsläufig die Frage der Verantwortlichkeiten stelle. Der Bürgermeister argumentiert, dass die Gemeinde jedenfalls keine zusätzliche freiwillige Verpflichtung mit entsprechenden Haftungsfolgen übernehmen werde. Es gebe bisher jedenfalls die Vereinbarung und Absprache, dass die Gemeinde den Gehweg immer dann räumt, wenn es die personellen Kapazitäten des Bauhofs angesichts der dann gerade aktuellen Witterung zulassen.

TOP 3) Austausch des Ölabscheiders beim Bauhof; Bau- und Vergabebeschluss

Der vorhandene und betriebene Ölabscheider des Bauhofs muss dringend ersetzt werden. Diese Arbeiten waren eigentlich schon im vergangenen Jahr vorgesehen, der Vollzug musste jedoch nochmals zurückgestellt werden. Zur Durchführung dieser Arbeiten wurden zwei Angebote (Firma Mall aus Donaueschingen und Firma Klärsan aus Lautenbach) eingeholt. Beide Firmen bieten vorgefertigte Behälter mit einem Volumen von 2500 / 2600 l an. Die Angebote beinhalten jedoch keine Erdarbeiten. Zusätzlich muss während der Montagearbeiten eine Person bauseits zur Sicherung abgestellt werden. Die Erdarbeiten sind ebenfalls noch zu vergeben. Dies erfolgt jedoch in freihändiger Vergabe und hängt von der jeweiligen Verfügbarkeit eines Tiefbauunternehmens ab. Die Arbeiten wurden im Herbst vergangenen Jahres auch mit Herrn Raiber, Ingenieurbüro in Wehr, vorbesprochen. Entsprechende Haushaltsmittel wurden in den Haushalt 2018 eingestellt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Ölabscheider für den Bauhof bei der Firma Mall, Donaueschingen, zu beschaffen. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine geeignete Tiefbaufirma mit der Durchführung der Erdarbeiten zu beauftragen.

TOP 4) Bauanträge

Der Gemeinderat erteilt nach Sachverhaltsdarstellung jeweils einstimmig das erforderliche Einvernehmen zu folgenden Bauanträgen:

1. Bauantrag zum Anbau eines Wintergartens mit Balkonerweiterung auf dem Grundstück Flst.Nr. 59/1 der Gemarkung Niedergebisbach, Herrischrieder Straße 5 a,

2. Bauantrag zur Errichtung eines Carports auf dem Grundstück Flst.Nr. 2161 der Gemarkung Herrischried, Am Stehlekopf 6,
3. Bauantrag zum Aufbau einer Dachgaube auf das Gebäude „Hornberg 10“, Flst.Nr. 66/1 der Gemarkung Hornberg.

TOP 5) Grundstücksangelegenheiten

h i e r : Erwerb von Wohnungen für eine mögliche spätere Einrichtung
einer Arztpraxis oder zur sonstigen Nutzung;
Beschlussfassung

Nach der Verlegung der Arztpraxis Dr. Böttcher/Höller nach Rickenbach besteht in der Gemeinde keine direkte hausärztliche Versorgung mehr. Die Schwierigkeiten, Hausärzte für den ländlichen Raum zu gewinnen, sind allgemein bekannt und werden zukünftig weiter zunehmen. Sicherlich spielen hier auch Überlegungen der vermehrt weiblichen Medizinstudenten eine Rolle, eher Stellen im Beschäftigungsverhältnis anzustreben und zunehmend auch in Teilzeit. Die Forderungen nach einer Work-Life-Balance auch im Leben eines Arztes werden immer drängender, sodass ein selbstständiges Führen einer Arztpraxis im ländlichen Raum immer unwahrscheinlicher wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine Möglichkeit besteht, doch in der Zukunft eine Anlaufstelle zu einem Hausarzt in der Gemeinde zu bekommen. Es bestehen hier wieder zwei denkbare Alternativen in Form eines dauerhaft besetzten Arztstandorts oder gegebenenfalls auch nur eine temporär mit einem Hausarzt aus der Region besetzten Praxis.

Die Suche nach möglichen Räumen für eine Arztpraxis in der Gemeinde hat schon unmittelbar nach der Ankündigung von Herrn Dr. Böttcher, die Gemeinde zu verlassen, begonnen. Mit den Ärzten Dr. Böttcher und Dres. Pasqual/Burgstett wurden Gespräche geführt, ob die Einrichtung einer Zweigstelle in der Gemeinde denkbar wäre. Nach erfolgter Besichtigung der Praxisräume der bisherigen Physiotherapie von Frau Heidi Titz über dem Schmidts Markt in der Schachenbühlstraße und der angrenzenden Wohnung mit einer Gesamtfläche von knapp 250 m² wäre hier die Einrichtung einer zwei Tagen besetzten Zweigstelle für die Ärzte Pasqual/Burgstett auf einer Teilfläche bereits denkbar. Weitere Einzelheiten wurden jedoch noch nicht definiert. Nachdem nun Doktor Burgstett die Nachfolge von Herrn Doktor Pasqual antritt, könnten diese Gespräche wieder aufgenommen und intensiviert werden. Sollte hier jedoch keine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden, könnten die Räumlichkeiten durchaus auch anderen interessierten Ärzten angeboten werden.

Sollte eine Belegung der Räumlichkeiten der heutigen Physiotherapiepraxis und der angrenzenden Wohnung mit Ärzten nicht möglich sein, so bestünde zukünftig die Möglichkeit, diese Wohnungen auch anderweitig zu nutzen: entweder zur Vermietung und/oder auch als zukünftige Unterbringung der Verwaltung während der Neubaumaßnahmen des Rathauses in ein paar Jahren. Die Flächen und der Zuschnitt der Räume lassen hier nach Umbaumaßnahmen die Einrichtung der Verwaltung für

den Zeitraum von etwa 1 ½ Jahren problemlos zu. Auch damit wäre eine sinnvolle Nutzung des Wohnraums in der Zukunft gewährleistet. Alternative Unterbringungsmöglichkeiten während der Bauzeit eines Rathauses an einem Ort ergeben sich -ohne höhere Aufwendungen in Kauf nehmen zu müssen- wahrscheinlich nicht.

Über die konkreten Konditionen der Veräußerung wird der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung noch beraten und beschließen, falls der Gemeinderat den nachstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung annimmt und damit einem Erwerb der Räumlichkeiten grundsätzlich zustimmt.

Primäre Option der angedachten künftigen Verwendung der Räume ist nach Absicht der Verwaltung die Sicherung der Hausarztversorgung in der Gemeinde, alternative Verwendungsmöglichkeiten wie in der Sitzungsvorlage formuliert sind jedoch ebenfalls Gegenstand der Überlegungen. Bereits seit mehr als einem Jahr habe man sich deshalb auf die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in der Gemeinde gemacht, die für eine Verwendung als Praxisräume geeignet erscheinen. Definitive Zusagen zur Einrichtung einer zumindest tageweise besetzten Praxis nach Weggang der Ärzte Dr. Boettcher/Höller gibt es zum heutigen Zeitpunkt zwar noch nicht, Dr. Pasqual/Burgstett hielten diese Option an diesem Ort nach einer Besichtigung der Räume jedoch für denkbar, während Dr. Boettcher laut eigener Aussage eher der Meinung war, dieser Standort biete mehr Nach- als Vorteile für die Ansiedlung einer Arztpraxis.

In der Aussprache im Gremium wird der geplante Erwerb durchweg positiv gesehen und beurteilt. Über mögliche Alternativen zu verfügen sei in jedem Fall sinnvoll und positiv, angesichts der zentralen Lage in der Ortsmitte sei eine bessere Alternative nicht denkbar. Damit könne sich die Gemeinde alle Optionen offenhalten, auch eine vorübergehende Vermietung als Wohnung komme aus wirtschaftlicher Sicht in Betracht, zumal die Räume derzeit leer stehen und nicht vermietet oder verpachtet sind. Größere Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen sind momentan nicht zu erwarten, notwendige Umbaumaßnahmen je nach anstehender Verwendung aus diesem Grund überschaubar.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Erwerb der Physiotherapiepraxis mit angrenzender Wohnung in der Schachenbühlstraße im Gebäude des Schmidts-Markt von Frau Heidi Titz.

TOP 6) Breitbandversorgung – Planung eines LWL- Kommunikationsnetzes

h i e r : Übertragung der Masterplanung in eine Geodatenbank;
Auftragsvergabe

Die Masterplanung zur Einrichtung einer Breitbandversorgung mittels Glasfasernetz wurde bereits in der Gemeinderatssitzung vom 22. Mai 2017 beschlossen. Für die Gemeinden Rickenbach und Herrisried, die die Planung in interkommunaler Zusammenarbeit durchführen, wird Herr Max Arzner aus Hogschür die Masterplanung umsetzen.

Es empfiehlt sich, die Daten dieser Masterplanung frühzeitig und sofort in ein Geographisches Informationssystem (GIS) einzupflegen. Auf diese Datenbestände muss jederzeit und auch von externer Seite zugegriffen werden können. Die Übertragung dieser Daten in ein GIS-System ist zudem auch zur Antragstellung der finanziellen Breitbandförderung unausweichlich und zwingend erforderlich.

Die Firma Tillig Geomatics, die für die Gemeinde das GIS-System aufgebaut hat und auch die sonstigen Datenbestände (Kanal, Wasser) einpflegt, wurde gebeten, ein entsprechendes Angebot abzugeben. Kurz vor Versand der Gemeinderatsunterlagen ist dieses Angebot bei der Verwaltung eingegangen. Der Aufwand wurde netto mit 14.575 € zuzüglich Mehrwertsteuer und 6 % Nebenkosten beziffert.

Nach den Worten des Bürgermeisters wurde in der Zwischenzeit nochmals ein weiteres Gespräch mit dem Büro Tillig Geomatics zur Abklärung der Angebotsdetails geführt, im Ergebnis sind die angebotenen Summen danach absolut nachvollziehbar und realistisch. Angesichts der Zuschussrichtlinien, die die Notwendigkeit der Übertragung der erstellten Masterplanung in eine Geodatenbank schon zum Zeitpunkt der Antragstellung erfordern, ist es daher unumgänglich, ein geeignetes Büro hiermit zu beauftragen. Auch die Gemeinde Rickenbach werde nach bisheriger Absprache diese Arbeiten an das Büro Tillig Geomatics vergeben, was angesichts der vorgesehenen interkommunalen Zusammenarbeit der beiden Gemeinden auf dem Gebiet des Aufbaus einer flächendeckenden Breitbandversorgung auch absolut Sinn mache.

Der Gemeinderat erteilt einstimmig den Auftrag zur Übertragung der erstellten Masterplanung im Rahmen des Aufbaus einer flächendeckenden Breitbandversorgung -Planung eines LWL- Kommunikationsnetzes- an das Büro Tillig Geomatics in Dogern auf Grundlage des vorgelegten Angebots vom 06. Februar 2018.

TOP 7) Bericht durch die Schluchseewerk AG zur Verplombung des Sondierstollens

Wie schon zu Beginn der heutigen Sitzung erläutert stellt Bürgermeister Berger zu diesem TOP den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung und Vertagung der Beratung mit der dort bereits formulierten Begründung. Diesem Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig gefolgt.

TOP 8) Verschiedenes

keine Wortmeldungen